Nr. 331. Dienstag, den 27. November.

Erscheint täglich früh 7 Uhr in der Expedition Marienstraße 13. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark 50 Pfge., durch die Post 2 Mark 75 Pfge. Einzel-Nummern 10 Pfge.

Auflage 32000 Expl.

Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Inseraten-Annahme enthält: Haasenstein und Vogler in Hamburg, Berlin, Wien, Leipzig, Basel, Breslau, Frankfurt a. M. — Rud. Mosse in Berlin, Leipzig, Wien, Hamburg, Frankfurt a. M., München. — Daube & Co. in Frankfurt a. M. — Fr. Vetter in Chemnitz. — Havas, Laffite, Bullier & Co. in Paris.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht und Fremdenliste.

Druck und Eigenthum der Herausgeber: Liepsch & Reichardt in Dresden. Verantw. Redacteur: Ernst Liepsch in Dresden.

Inserate werden Marienstraße 13 bis Ab. 5 Uhr angenommen, Sonntags bis Mittags 12 Uhr, in Neustadt: große Meißnergasse 5 bis Nachm. 4 Uhr. — Der Raum einer einspaltigen Petitzeile kostet 15 Pfge. Eingesandt die Zeile 30 Pfge.

Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.

Auswärtige Annoncen-Aufträge von uns unbekannten Firmen und Personen inseriren wir nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Baarzahlung. Acht Silben kosten 15 Pfge. Inserate für die Montags-Nummer oder nach einem Festtage die Petitzeile 20 Pfge.

XXII. Jahrgang. Mitredacteur: Dr. Emil Bierey. Für das Feuilleton: Ludwig Hartmann. Dresden, 1877.

Politisches.

Kaum geboren, erhielt schon das neue Ministerium Mac Mahon's einen tödtlichen Streich von der Deputirtenkammer. Es kündigte sich bei seiner Geburt als „Geschäftsministerium" an; alle Welt fühlt aber, daß es nur die Geschäfte des Bonapartismus besorgen soll. Mit Ausnahme des Präsidenten, des Generals Rochebouet, welcher eine clerikale Färbung hat, sind alle Minister Bonapartisten, und der Sohn Eugeniens hat Ursache, mit den Männern zufrieden zu sein, die jetzt den Marschall-Präsidenten als Berather umgeben. Prinz Ludwig darf in Chiselhurst davon träumen, in nicht zu ferner Zeit als Napoleon IV. seinen Einzug in Frankreich zu halten. Freilich — mathematisch gewiß ist das noch lange nicht. Selbst der als Unterrichtsminister dem neuen Kabinet angehörende Astronom Faye, welcher die Bahn eines von ihm entdeckten und nach ihm benannten Kometen berechnet, die Parallaxe eines anonymen Sternes im Großen Bären festgestellt und den Ring des Saturn beschrieben hat, selbst dieser bedeutende Geist wird die nächste Zukunft Frankreichs nur als unbekannte Ziffer behandeln dürfen. Die Deputirtenkammer hat mittelst der Tagesordnung, die sie dem Marschall Mac Mahon ins Antlitz schleuderte, den Ring des Saturn durchbrechen wollen, den er um die Republik zu legen versucht. Was anfangen mit einer Kammer, die sich weigert, auch nur in geschäftliche Beziehungen zu der neuen Regierung zu treten? Etwas muß doch geschehen, um vorwärts zu kommen. 833 Männer wählt das französische Volk in die Deputirtenkammer und den Senat. Man sollte glauben, daß mit dieser respectablen Ziffer die Summe der politischen Capacitäten der französischen Nation erschöpft sei, die nach irgend einer Seite hin des öffentlichen Vertrauens würdig erscheinen. Aber, indem Mac Mahon seine Minister völlig außerhalb des Parlamentes wählte, sagte er damit: ich stelle mich über die Verfassung. Die nächsten Stunden müssen nach der einen oder anderen Seite hin eine vorläufige Entscheidung anbahnen. Ein Staatsstreich, vermittelt durch eine zweite Auflösung der Deputirtenkammer, liegt ebenso in der Luft wie ein Zurücktreten Mac Mahon's.

Die Personalien des neuen Ministerpräsidenten seien durch folgende Daten noch ergänzt: General de Rochebouet, 1813 in Angers geboren, erhielt seine Ausbildung in der polytechnischen Schule zu Paris, aus welcher er im October 1833 als Leutnant in die Artillerie eintrat. Unter der Juli-Monarchie avancirte er nur sehr langsam; bei dem Sturze des Königs Louis Philipp war er erst Hauptmann. Desto schneller schwang er sich unter der Präsidentschaft Louis Napoleon's und unter dem Kaiserreiche empor. 1849 wurde er Major, 1853 Oberstleutnant, 1854 schon Oberst; in sechs Jahren also war aus dem Hauptmann ein Oberst geworden. Noch mehr, er erhielt das Commando des reitenden Artillerie-Regiments der Kaisergarde, welches das erste war, das mit den neuen gezogenen Kanonen, deren Erfindung Napoleon III. sich zuschrieb, ausgerüstet wurde. An der Spitze dieses Regimentes griff Rochebouet entscheidend in die Schlacht bei Solferino ein, an einem Punkte, wo die Franzosen durch das umsichtige, energische Vorgehen des österreichischen Generals Prinzen Alexander von Hessen in einer sehr kritischen Situation waren. Die Turkos, welche einen Angriff auf das österreichische Centrum bei Cavriana gemacht hatten, waren eben in die Flucht geschlagen worden, als die reitende Artillerie Rochebouet's erschien und der Schlacht eine andere Wendung gab. Das Centrum wurde durchbrochen, Solferino war für die Franzosen gewonnen. Die Turkos, denen Rochebouet damals im rechten Momente beisprang, gehörten zum Armeecorps Mac Mahon's. Seit diesem Tage datirt denn auch die intime Freundschaft Mac Mahon's mit Rochebouet. Letzterer wurde noch auf dem Schlachtfelde vom Kaiser Napoleon zum Brigadegeneral befördert, und seit 1. März 1867 ist er Divisionsgeneral. Die Republik brachte ihm nichts als das Großoffizierkreuz der Ehrenlegion, welches er für seine Theilnahme an der Niederwerfung des Communisten-Aufstandes 1871 erhielt. Seit drei Jahren befehligte er das 18. Armeecorps mit dem Hauptquartier in Bordeaux.

Wiederholt in neuester Zeit hat die Pforte um Friedensschluß gebeten. Erst klopfte sie um Vermittelung bei Deutschland, dann bei Oesterreich an. Beide Male erfolgte ein höfliches Achselzucken. Prinz Reuß und Graf Zichy verweisen die Pforte direct an die Adresse Rußlands. Europa hat alle Ursache, die Friedenstaubheit beider Botschafter in Konstantinopel zu bedauern. Welch' herrlicheren Beruf könnten diese Diplomaten erfüllen, als einen baldigen Frieden anzubahnen? Das russische Volk ist, nach den Berichten aller Blätter, herzlich kriegsmüde. Der Zar aber, von dessen Friedensliebe man sonst Wundergeschichten vernahm, scheint sich für Fortsetzung des Krieges zu begeistern. Wenn man aber in Berlin behauptet, Deutschland hätte, als es gegen Frankreich im Felde lag, eine Kränkung seiner nationalen Ehre darin erblickt, wenn Rußland als Vermittler zwischen die Kämpfenden getreten wäre, so ist das, mit Verlaub Ihr Herren, nicht ganz zutreffend. Noch ehe sich bei Sedan der eiserne Ring um Napoleon schloß, begehrte in der That der Zar und seine Diplomatie, daß ein europäischer Congreß zusammentrete und nicht blos die Erhaltung der napoleonischen Dynastie, sondern die Neutralisirung von Elsaß-Lothringen decretire. Nur die einmüthige Abwehr dieses Vorschlages durch das entrüstete deutsche Volk schützte uns vor dieser Thatsache. Das russische Volk aber verlangt Frieden und hat Nichts gegen seine Herbeiführung durch neutrale Mächte. Demselben Rußland, das 1870 so wenig die „nationale Ehre" Deutschlands respectirte, hält sich 1877 Deutschland für verpflichtet, auch nicht mit einem Worte zu sagen, daß es gut thäte, das Friedens-Anerbieten der Pforte anzunehmen. In England ist man über die Kriegslust des Zaren in begreiflicher Unruhe. Seitdem Kars gefallen und die Russen mittelst des ruhelbeladenen Eisels die Mauern dieser starken Festung in einer einzigen Nacht überkletterten, sind die Russen die Herren des Schlüssels von Armenien. Der Landweg nach Indien und das Quellengebiet des Euphratstromes sind jetzt in russischen Händen. Das bewirkt eine solche Aufregung Englands, daß selbst der russenfreundliche liberale Gladstone, dessen abgeschmackte Politik wesentlich den Russen ihre Lage erleichterte, voller Sorgen in die Zukunft blickt und den Zaren an sein feierlich gegebenes Wort erinnert: „Er wolle keine Eroberungen machen." Bald wird sich zeigen, ob Gladstones Zuversicht solide Unterlagen besitzt.

Im Wiener Reichsrath hat der Handelsminister v. Chlumetzky in vertraulicher Weise Aufschlüsse gegeben über den Gang der deutsch-österreichischen Zollverhandlungen. Selbst diejenigen österreichischen Abgeordneten, welche in der Zollfrage eine entschieden oppositionelle Haltung gegen die österreichische Regierung einnehmen, gewannen aus den Erklärungen Chlumetzky's die Ueberzeugung (schreiben Wiener Blätter) daß es nicht Oesterreich's Schuld war, wenn die Zoll-Conferenzen scheiterten. Eine Entgegnung auf diese Anschuldigung wird von Berlin aus wohl nicht lange ausstehen. Wir enthalten uns vorläufig des Urtheils, constatiren aber drei Thatsachen, einmal haben die deutschen Unterhändler offen erklärt, daß sie mit Rücksicht auf die innere Lage Deutschlands so wenig sich entgegenkommend verhielten, sodann, daß in Oesterreich alle Parteien und Nationalitäten Ursache zu haben glauben, sich in Zoll- und Handelsfragen feindlich gegen uns zu stellen und endlich, daß eine politische Entfremdung sich bereits als die Folge dieser Zollfeindschaft zwischen beiden Reichen zu zeigen beginnt.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachrichten."

Stettin, 26. November. In der heutigen General-Versammlung der Actionäre der Berlin-Stettiner Eisenbahn waren 38 Proc. des Gesammtkapitals vertreten. Der Vorschlag der königl. preußischen Staatsregierung, ihr die Bahn gegen eine 5procentige Rente abzutreten, wurde ebenso abgelehnt, wie andere Vorschläge, die eine $5\frac{1}{2}$- und 6proc. Rente beanspruchten. Die Berlin-Stettiner Bahn verbleibt somit im Privatbesitz.

Wien, 26. November. Die „Polit. Corresp." meldet aus Cettinje: Die Montenegriner nahmen am 24. d. Nachts den Ort, sowie den Hafen von Spizza, sowie die die Stadt dominirenden Forts Hajenhaj und Golobrdo, letzteres Fort indeß nur nach mehrstündigem, erbittertem Kampfe. Die Montenegriner halten nunmehr das ganze Gebiet bis Bojana besetzt, ausgenommen die Citadelle von Antivari und Dulcigno. — Gleichzeitig wird aus Cattaro signalisirt, daß gestern Nachmittag mehrere türkische Kriegsschiffe von Korfu nordwärts steuernd, wahrscheinlich zum Entsatze der albanischen Küste, abdampften, jedoch unter dem herrschenden schweren Sirocco viel zu leiden hatten.

Konstantinopel, 25. November. Es circuliren hier verschiedene, völlig unbestätigte Gerüchte von einem Ausfall, den Osman Pascha versucht haben soll. Nach dem einen Gerücht wäre derselbe in der Richtung gegen Rahowa, nach einem anderen in der Richtung gegen Loftscha unternommen worden.

Newyork, 25. November. Der nordamerikanische Kriegsdampfer „Huron" ist gestern an der Küste von Nordcarolina gesunken. Von der aus 15 Offizieren und 119 Mann bestehenden Bemannung sind nur 4 Offiziere und 30 Mann gerettet. Der Kapitain ist unter den Todten. — Nach hier eingegangenen anderweiten Berichten aus Mexiko hätte der Präsident Porfirio Diaz den Wunsch, den Frieden zu erhalten, und Truppen an die Grenzen gesandt, um im Verein mit den nordamerikanischen Truppen dies zu ermöglichen.

Locales und Sächsisches.

— Das Wachsthum unserer Stadt und der steigende Umfang ihrer Verwaltung macht es immer mehr nothwendig, daß der Wahl der Stadtverordneten die größte Aufmerksamkeit gewidmet werde. Dazu kommt, daß seit Einführung der revidirten Städteordnung Dresden selbstständiger geworden ist, als früher und in Folge der ihr gewährten Autonomie in den meisten Branchen der öffentlichen Angelegenheiten nur dann die Autorität des Kreisausschusses und der Ministerien anzurufen hat, wenn Rath und Stadtverordnete in Differenz sind. Deshalb auch ist die Stellung des Stadtverordneten-Collegiums seit drei Jahren eine wichtigere geworden, als sie früher war. Und deshalb ist es die Pflicht eines jeden Bürgers, sei er ansässig oder unansässig, sei er Gewerbtreibender oder Beamter, sei er Geistlicher oder Lehrer, der übermorgen stattfindenden Ergänzungswahl die vollste Aufmerksamkeit zu widmen. Welche Eigenschaften muß ein Stadtverordneter haben, welcher für das Wohl der Stadt und für das allgemeine Beste wirken will, und nicht etwa nur ein Ehrenamt bekleiden möchte, ohne die damit verbundenen Pflichten gewissenhaft zu erfüllen? Erstens muß der Stadtverordnete die Fähigkeit und die Umsicht haben, sich in den communalen Angelegenheiten genau zu orientiren und die einschlagenden Fragen objectiv, d. h. ohne den Vortheilsstandpunkt Einzelner und den politischen Standpunkt der Parteien maßgebend sein zu lassen. Zweitens muß der Stadtverordnete die Intelligenz haben, um sich an den Arbeiten mit Erfolg betheiligen zu können. Denn nicht blos die Plenarversammlungen geben ein Bild der gemeinsamen Thätigkeit; ein Hauptaccent ruht auf der Thätigkeit in den Deputationen oder Ausschüssen, sei es in den vier Hauptausschüssen (Rechts-, Finanz-, Verwaltungs- und Wahl-Ausschuß) oder in den gemischten Deputationen (für das Schul-, Armen-, Markt-, Abgaben-Wesen rc.) Und da in Dresden alle besoldeten Stadträthe Juristen sind und alle Ressortchefs der städtischen Verwaltungsbranchen also auch Juristen, so ist, wenn das Stadtverordneten-Collegium seine Selbstständigkeit bewahren und dem Rathe gegenüber mit Erfolg behaupten will, es im öffentlichen Interesse nöthig, daß die Summe der Intelligenz und Arbeitskraft im Stadtverordneten-Collegium auf einer gewissen Höhe bleibt. Drittens muß ein Stadtverordneter so viel Gemeinsinn und Opferfreudigkeit haben, die übernommenen Pflichten pünktlich zu erfüllen. Dazu gehört: daß er die Plenarversammlungen und Ausschußsitzungen regelmäßig besucht und seine volle Aufmerksamkeit der Tagesordnung widmet. Wer öfters fehlt und mehr durch seine Abwesenheit glänzt, wer heute „für den Anfang" und über 8 Tage „für den Schluß" sich entschuldigen läßt, wer bei Abstimmungen in der Regel erst aus den Vorzimmern herzugeklingelt werden muß, der heißt zwar Stadtverordneter, paradirt wohl auch bei festlichen Gelegenheiten als „Vater der Stadt", aber ein rechter Stadtverordneter ist er nicht. (Von der Tribüne herab sind Stühle zu bezeichnen, die oft wochenlang und monatelang nicht besetzt sind, ohne daß der Inhaber krank oder sonstwie entschuldigt wäre. Ja es haben wiederholt Nummern der gedruckten Tagesordnung abgesetzt werden müssen, weil der betr. Referent nicht anwesend, aber auch nicht entschuldigt war!) Viertens muß ein Stadtverordneter in bürgerlicher und moralischer Beziehung unbescholten sein. Eigentlich muß man dies als die erste Eigenschaft bezeichnen. Denn nicht Jeder, der in der Wahlliste aufgenommen ist und vor dem Gesetze unbescholten ist, gilt auch als solcher bei seinen Nachbarn, Bekannten u. s. w. Mancher ist insolvent in seinen Vermögensverhältnissen, ohne daß der öffentliche Bankerott ausgebrochen ist; Mancher lebt in seinem Hauswesen gegen Zucht und Sitte, ohne daß der Arm der Gerechtigkeit ihn erlangen kann u. s. w. Solche können keinen Anspruch machen, ein Amt zu bekleiden, das ein Vertrauensamt und ein Ehrenamt ist. Wer befähigt und intelligent, arbeitslustig und opferfähig ist, den wähle man zum Stadtverordneten. Wer sich bewährt hat in seiner Thätigkeit für das allgemeine Wohl der Stadt, den wähle man wieder; und bei den neuen Vorschlägen, mögen sie ausgehen von wem sie wollen, befolge man den Grundsatz „Prüfet Alles und das Beste behaltet!" So möge der übermorgende Wahltag von gutem Erfolge für das Wohl unseres lieben Dresdens sein!

— Landtag. Beide Krn. hielten gestern Sitzungen. In der 1. Kr. gab der Bericht der Gesetzgebungsdep. (Ref. v. Criegern) über den Gesetzentwurf zur Ausführung des Reichs-Gerichtsverfassungsgesetzes und über die Zuständigkeit der Gerichte in Sachsen zu einer lebhafteren Debatte Anlaß. Die gesammte, zur Durchführung der Reichsjustizgesetze nöthige Landesgesetzgebung hat die Regierung in 13 Entwürfe zusammengefaßt, wovon bereits 12 den Krn. zugegangen sind. Der vorliegende Entwurf ist sicher einer der wichtigsten derselben. Es wird darin u. A. bestimmt, daß in Sachsen nur ein Oberlandesgericht als oberste Particularinstanz, und zwar in Dresden, errichtet werde. Der Dep. ist, wie nebenbei bemerkt werden mag, auf eine Anfrage seitens der Regierung erklärt worden, daß es in der Absicht liege, sieben Landgerichte (in Dresden, Leipzig, Chemnitz, Zwickau, Freiberg, Plauen und Bautzen) zu errichten. Die Majorität der Deputation ist mit dem Entwurfe, wie er vorliegt, einverstanden und empfiehlt denselben mit einigen nicht wesentlichen, meist mit der Regierung vereinbarten Abänderungen zur Annahme. Der Chemnitzer Abgeordnete Dr. Andrä hat dagegen eine Reihe von Separatanträgen eingebracht, die eine gesetzliche Regelung der Zeit des Universitätsstudiums und des Vorbereitungsdienstes der richterlichen Beamten, Verwendung eines Jahres vom Vorbereitungsdienste im Dienste einer Verwaltungsbehörde, Erweiterung des Aufrückungsrechtes der richterlichen Beamten und Ausdehnung desselben auf die Amtsgerichte und endlich eine strikte Fassung der auf Fälle der unfreiwilligen Versetzung und Pensionirung bezüglichen Bestimmungen bezwecken. In der allgemeinen Debatte bezeichnet es Dr. Georgi (Oberbürgermeister von Leipzig) für bedauerlich, daß die Dep. nicht auf den gesammten Inhalt der fraglichen Reichsgesetze und die dazu in Beziehung stehenden sächsischen Gesetze eingegangen sei. Im Vergleich mit dem preußischen diesbez. Entwurfe zeige der vorliegende manche Lücken. Von Wichtigkeit seien hier die Fragen, ob die Bestimmung der Bezirke und Sitze der Gerichte nicht besser der Gesetzgebung als der Verwaltung zu überweisen seien; ferner die Vorbereitungsdienste der richterlichen Beamten, nicht allein mit Bezug auf die Zeit, sondern auch auf die Art desselben. Eine große Lücke finde er weiter darin, daß der Stellung der Staatsanwaltschaft in dem Entwurfe gar nicht gedacht sei. Endlich vermisse er Bestimmungen über die Verwendbarkeit der jetzigen richterlichen Beamten bei den zukünftigen Gerichten. Die oberste Rücksicht aber sei für ihn die Möglichkeit der Einführung der Reichsgesetze überhaupt und mit Rücksicht darauf werde er Manches hinnehmen, womit er sich andernfalls nicht einverstanden erklären könnte. Ref. v. Criegern constatirt, daß die vom Vorredner entdeckten Lücken lediglich auf Ansichten über die Grenzen zwischen Justizverwaltung und Gesetzgebung basiren. Auf das Gebiet der preußischen Verhältnisse folge er dem Vorredner nicht; er seinerseits glaube, daß man hier von sächsischen Verhältnissen auszugehen habe; bei uns bestehen aber die Grenzen zwischen Verwaltung und Gesetzgebung so, wie sie in dem Entwurfe festgehalten sind. Sollten die von Dr. Georgi kundgegebenen Wünsche verwirklicht werden, so würde damit der Begriff der Justizverwaltung vollständig aufgegeben. Justizminister Abeken: Die Organisation der Gerichte habe bereits in Sachsen in ähnlicher Weise bestanden, wie es das Reichsgesetz vorschreibe; anders in Preußen, wo es sich um einheitliche Regelung der verschiedensten dort bestehenden Organisationen handle. Der preußische Entwurf beschäftige sich daher auch nur mit der Gerichtsorganisation, während sich die sächsische Regierung der umfänglichen Aufgabe unterzogen habe, noch für den gegenwärtigen Landtag eine Vergleichung des gesammten neuen Rechts mit dem bestehenden zu geben. Natürlich habe man sich dabei darauf beschränken müssen, nur soweit das Bestehende abzuändern, als es durch das Reichsgesetz geboten ist. Hätte man weiter gehen wollen, so wäre diese Aufgabe in dieser Zeit nicht zu bewältigen gewesen. Dr. Andrä, Bürgermeister Martini und Dr. Georgi erachten es für verfassungsgemäß, wenn Angelegenheiten, die bisher der Gesetzgebung noch nicht unterlegen, zu derselben herangezogen werden, während v. Criegern auf Grund der Verfassungsurkunde nachzuweisen sucht, daß die Stände nicht berechtigt seien, die Grenzen ihrer Thätigkeit nach Belieben zu erweitern. Dr. Georgi wendet sich gegen den Justizminister; wenn er sich auf die preußischen Einrichtungen bezogen, so habe er dies gethan, weil man sich auch darum kümmern müsse, was in anderen deutschen Staaten geschehe. Er sei stolz auf diese seine Meinung. Kammerherr v. d. Planitz wundert sich, warum Georgi Preußen gerade in Bezug auf die Rechtspflege als Muster für Sachsen aufstelle. In Sachsen wäre jedenfalls ein Prozeß Arnim und eine Beeinflussung des Lübecker Gerichts in der Berlin-Dresdner Eisenbahnaffaire nicht möglich. Die Zeiten des „Es giebt noch Richter in Berlin" seien für Preußen längst vorbei, während in Sachsen Ehre und Grundsätze es der Regierung verbäten, Richter tendenziös zu beeinflussen. Dr. Georgi: